

Gegen die religiöse Engführung!

Es ist Zeit, die privilegierte Rolle religiöser Verbände wie der Ditib in der Integrationsdebatte zu beenden

Bei der Mobilisierung türkeistämmiger Wähler für Erdogans Verfassungsreferendum haben die von Ankara gesteuerten Ditib-Gemeinden eine Schlüsselrolle gespielt. Ein Blick auf die regionalen Unterschiede zwischen den 13 Stimmbezirken zeigt: Ausgerechnet dort, wo Landes- und Kommunalpolitiker in den vergangenen Jahren besonders auf den organisierten Islam als Partner der Integration gesetzt haben, war am Ende das Votum gegen die Demokratie besonders deutlich. So liegt der Anteil der Ja-Stimmen im Gebiet der Generalkonsulate Düsseldorf und Essen bei über 70 Prozent. In Köln, Standort der Bundeszentrale von Ditib, waren es 64 Prozent. Im eher säkular geprägten Berlin, wo sich die Integrationsdebatte auf eine fast unüberschaubare Vielfalt von Akteuren verteilt, stimmten dagegen nur 50 Prozent für die Verfassungsreform.

Bei dieser Beobachtung geht es nicht um antiislamische Ressentiments. Der muslimische Glaube gehört zur Lebenswelt vieler Türkeistämmigen – mit der gleichen Berechtigung wie der christliche Glaube zum Alltag vieler in der Mehrheitsgesellschaft gehört – als eines von vielen Merkmalen

kultureller Identität. Religiösen Organisationen wie Ditib ist es jedoch gelungen, sich als Sprachrohr der türkeistämmigen Menschen in Deutschland zu inszenieren und der Integrationsdebatte an vielen Orten einen religiös-nationalen Stempel aufzudrücken.

Diese Engführung geht zurück auf die Zeit nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Es geht um so viel mehr als das Kopftuch und den Religionsunterricht

Plötzlich gerieten alle Muslime (und solche, die man dafür hielt) unter Generalverdacht. Gerade jenen, die sich erfolgreich integriert und es zum Beispiel auf Universitäten geschafft hatten, schlug plötzlich ein tiefes Misstrauen entgegen. Zugleich suchte die Politik Ansprechpartner auf muslimischer Seite und fand sie bei straff geführten Organisationen wie Ditib oder dem Islamrat. Gerade

diese zentralistischen Strukturen galten nun als Ausdruck von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit – im Unterschied zu den schwer durchschaubaren Strukturen der vielen kleinen Hinterhofmoscheen und dem eher basisdemokratischen Aufbau liberaler religiöser Minderheiten wie den Alevitin. Auf Bundesebene initiierte der Innenminister die Islamkonferenz, in vielen Kommunen entstanden Runde Tische, in Städten wie Duisburg und Köln fand Ditib breiten gesellschaftlichen Rückhalt für den Bau großer repräsentativer Moscheen.

Es war ein höchst ungleiches Geben und Nehmen. Die Organisationen mussten kaum mehr tun, als sich als moderate Stimme gegen Terrorismus und salafistischen Extremismus zu präsentieren – im Gegenzug erfuhren sie eine enorme gesellschaftliche Aufwertung und im Fall der lange vom Verfassungsschutz beobachteten Milli Görös auch eine politische Rehabilitation. Unter dem Primat der Abgrenzung vom islamistischen Terrorismus wurde großzügig darüber hinweggesehen, dass die Partner weder in ihrer inneren Verfasstheit noch in ihrem Gesellschaftsbild an einer ehrlichen

Öffnung zu einer pluralistischen Demokratie interessiert waren. (...) Für staatliche Geldgeber war es oft schlicht bequemer, Projekte zentral gesteuerter Organisationen zu fördern, als sich mit der dezentralen Vielfalt kleinerer Institutionen abzumühen. Im Ergebnis wurde die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft immer stärker religiös verengt. Auch in der öffentlichen Debatte fanden Fragen von Moscheebauten, Kopftuchverbot und islamischem Religionsunterricht deutlich mehr Aufmerksamkeit als Themen wie Bildungsgerechtigkeit, Aufstiegsmöglichkeiten in der Arbeitswelt und Demokratieförderung. Ditib und andere bekamen eine Deutungshoheit über Fragen der Integration, die ihnen mit Blick auf die Pluralität der türkeistämmigen Bevölkerung nie hätte zugestanden werden dürfen.

(...) Es gibt also gute Gründe zu vermuten, dass viele der 472 000 Ja-Stimmen für Erdogans Verfassungsreform ausgerechnet von denen kamen, die in den vergangenen Jahren nicht zu wenig, sondern zu viel Aufmerksamkeit erfahren haben. (...) Diese Einsicht kann aber auch eine Chance sein, die religiöse Verengung zu überwinden und die

ganze lebensweltliche Vielfalt der 3,5 Millionen türkeistämmigen Mitbürger in Deutschland in den Blick zu bekommen. Dazu gehören übrigens auch viele Muslime, für die es sehr viel dringendere Probleme als das Kopftuch oder den islamischen Religionsunterricht gibt. Kein Moscheeverband hat das Mandat, im Namen dieser Menschen zu sprechen oder gar mit staatlichen Stellen zu verhandeln. Es ist Zeit, die privilegierte Rolle religiöser Verbände in der Integrationsdebatte zu beenden. Politik und Gesellschaft müssen Raum schaffen für neue Akteure und Ansprechpartner, denen es wirklich um Demokratie, Teilhabe und Pluralismus geht. Die gute Nachricht: Es gibt diese Akteure – sie warten seit Langem darauf, wahrgenommen zu werden.



Melek Henze ist Sozialwissenschaftlerin und interkulturelle Trainerin. Sie hat türkische Wurzeln, lebte lange im Ruhrgebiet und seit 2012 in Berlin.

„Gegen die religiöse Engführung“, Debattenbeitrag für den „Tagesspiegel“ am 7. Mai 2017